

Wie es gelang, Staatsorganisationen in Wirtschaftsunternehmen umzuwandeln

Informationen zu geschichtlichen Entwicklungen seit dem Ende des 2. Weltkriegs

Inhalt:

1. Seit 1964 wurde die allgemeinwohlorientierte staatsverfassungsrechtliche Ausrichtung zugunsten privatwirtschaftlicher Handlungsstrategien unterlaufen (= abgeschafft)	1
2. Seit der Kapitulation der Wehrmacht des Deutschen Reiches kam es in Deutschland zu gravierenden Rechtsordnungsmängeln.....	3

1. Seit 1964 wurde die allgemeinwohlorientierte staatsverfassungsrechtliche Ausrichtung zugunsten privatwirtschaftlicher Handlungsstrategien unterlaufen (= abgeschafft)

1983 erschien ein Buch mit dem Titel: „Berichte an den Club of Rome. Der Weg ins 21. Jahrhundert. Alternative Strategien für die Industriegesellschaft.“¹ Seine Autoren setzten sich mit den „Grenzen des Wachstums“² auseinander. Der Beitrag von Pentti Malaska ging vom Bestreben von Unternehmen aus, ihr Handeln *eigenständig strategisch zu planen und zu gestalten*, um sich auf dem Markt behaupten und dabei beständig weiter wachsen zu können.

Malaska ließ in seinem Beitrag „Die Unvorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen“³ unberücksichtigt, dass Unternehmen – ebenso wie Staaten – *keineswegs* „naturegegebene Lebewesen“ sind. Mithin stehen diesen *keine* Bestands- und Lebensschutzrechte zu – so wie die Menschenrechte allen Menschen: Unternehmen und Staaten beruhen stets auf von Menschen gewählten Varianten der Organisationsgestaltung. Bei ihrer Gründung wurden diese auf das Erreichen von Zielen ausgerichtet, die damals angesichts konkreter Bedürfnisse und äußerer Gegebenheiten als anstrengenswert angesehen worden waren. Um Dienstleistungsaufgaben Menschen gegenüber stets zufriedenstellend erfüllen zu können, sind alle Organisationsformen *bedarfsgerecht* von Zeit zu Zeit zu revidieren und zu korrigieren (= zu reformieren).

Hinzu kam, dass Pentti Malaska Menschen, Unternehmen und Staaten *fälschlicherweise* – so, wie auch Ronald Reagan das tat – als *einander gleichende* „Systeme“⁴ betrachtete! Diese Perspektive begünstigte den Übergang zu einer extrem zerstörerischen wirtschaftlichen Strategie: Das ehemalige, auf das Allgemeinwohl – die Befriedigung der Bedürfnisse aller Angehörigen der Bevölkerung – ausgerichtete, *bedarfs-* bzw. *nachfrageorientierte* Wirtschaften ließ sich in ein Vorgehen umwandeln, das erfolgversprechend erschien, um strategisch das Ziel der USA zu verfolgen, dauerhaft die einzige Weltmacht zu bleiben⁵.

Möglicherweise war Pentti Malaska nicht bewusst gewesen, dass und inwiefern sich die von ihm erwähnten „rapiden Veränderungen unserer Zeit“ sowie das *angebotsorientierte* wirtschaftliche Handeln als logische Folgewirkungen aus strategischen Entscheidungen der US-Politik unter Ronald Reagan ergeben haben: Zum *angebotsorientierten* Vorgehen hatte ins-

¹ Aurelio Peccei, Eduard Pestel, Mihailo Mesarovic: Berichte an den Club of Rome. Der Weg ins 21. Jahrhundert. Alternative Strategien für die Industriegesellschaft. München: Molden/Seewald, Wien 1983.

² https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Grenzen_des_Wachstums

³ Ebenda S. 203-213.

⁴ Ebenda S. 205.

⁵ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Vorwort von Hans-Dietrich Genscher. Kopp Verlag 2015.

besondere die *Privatisierung* von ehemals staatlich gewährleisteten *allgemeinwohldienlichen* Infrastruktur-Dienstleistungen geführt, etwa im Bereich der Post-, Fernmelde-, Verkehrsmittel-, Energie- und Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Indem regierungsseitig Konkurrenz der Versorgungsanbieter*innen um die Gunst der Kund*innen, Nutzer*innen und Verbraucher*innen nicht nur als erlaubt, sondern auch als erwünscht herausgestellt wurde, kam es logischerweise zwangsläufig zum Übergang vom *bedarfs-* bzw. *nachfrageorientierten* Dienstleistungen und Wirtschaften zur *angebotsorientierten*. Selbstverständlich ergab sich eine derartige Umorientierung nicht nur in diesen Versorgungsbereichen, sondern auch in allen anderen wirtschaftlichen Handlungsfeldern. Hinzu kam, dass etliche Unternehmen, die zunächst nur innerhalb eines Staatsterritoriums agiert hatten, nun auch in anderen Staaten aktiv wurden, wo bislang zum Teil andere gesetzliche Handlungsgrundlagen vorrangig zu berücksichtigen waren. Das führte zu zunehmender internationaler Konkurrenz unter den einzelnen Volkswirtschaften, außerdem auch unter deren Rechtssystemen.

Mit dem Übergang vom *bedarfs-* bzw. *nachfrageorientierte* Dienstleistungen und Wirtschaften zur *Angebotsorientierung* gelang es den US-Regierungen, ihre Chancen deutlich zu verbessern, ihre Machtposition dauerhaft gegenüber Gefährdungen durch andere Staaten abzusichern. Über die Parole „America first!“ hatte sich Donald Trump als der erste US-Präsident profiliert, der sich als hinreichend couragiert (= mutig) erwies, diese politische Ausrichtung weltweit unübersehbar eindrücklich bekannt werden zu lassen. Diese Ausrichtung prägte die US-Außenpolitik – und damit auch die der NATO-Mitgliedsstaaten – bereits schon seit der Truman-Doktrin (1947). Diese Doktrin war maßgeblich von der Traumatisierung ausgelöst worden, die der japanische Angriff auf Pearl Harbour am 7. Dezember 1941 verursacht hatte. Anlässlich dieses Angriffs hatte sich die USA-Regierung unter ihrem Präsidenten Franklin Delano Roosevelt entschlossen, mithilfe ihrer militärischen Mittel den 2. Weltkrieg beenden zu wollen.⁶

Damit konnte es gelingen, das republikanische, auf den Menschenrechten beruhende, Verfassungsprinzip überall dort außer Kraft zu setzen, wo es einmal offiziell Geltung beansprucht hatte.⁷ Angesichts dessen liegt die Frage nahe, warum dieses Unterfangen von den dafür zuständigen politischen und juristischen Instanzen nicht allseitig als eine der bedeutsamsten gesellschaftlichen „Reformmaßnahmen“ aller Zeiten bekannt gemacht und gefeiert werden konnte. Der Grund dafür scheint in offensichtlicher Weise überzeugend zu sein: Sowohl der „Staatsstreich der Konzerne“⁸ als auch der vermeidbare Konkurrenzkampf aller Staaten gegeneinander erfolgen *keineswegs* im Interesse und zugunsten des Wohles aller Bürger*innen. Demgegenüber steht in Form des Qualitätsmanagement-Verfahrens „Menschenrechte-QM-

⁶ Thomas Kahl: Vor und während des „Kalten Krieges“ kam es zu gravierenden psychischen Traumatisierungen und ideologischen Irreführungen. In: Der Schutz des Lebens auf der Erde. Die freiheitlich-demokratische globale Rechtsordnung verhilft zu weltweiter Gerechtigkeit und friedlicher Zusammenarbeit. S. 51- 68.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

Thomas Kahl: Auswirkungen der Globalisierungsentwicklung auf die Rechtsstaatlichkeit (seit 1989/90). In: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. A.a.O. S. 68- 79.

www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

⁷ Das republikanische *freiheitlich-demokratische* Verfassungskonzept von Jean-Jacques Rousseau stieß *stets* auf Unverständnis und vehemente Ablehnung bei mächtigen gesellschaftlichen Gruppierungen, deren Interessen es zuwiderläuft. https://de.wikipedia.org/wiki/Vom_Gesellschaftsvertrag_oder_Prinzipien_des_Staatsrechtes

¹⁴⁵ Trump und der Staatsstreich der Konzerne. Dokumentarfilm Kanada 2018 | arte

<https://www.youtube.com/watch?v=NTfNgAzyk>

https://programm.ard.de/TV/artetrump-und-der-staatsstreich-der-konzerne/eid_287241098572447

Wahre Geschichte: „Marshallplan. Die USA retten sich selbst.“ ARTE 22.01.2019, 21.05 Uhr.

<https://www.youtube.com/watch?v=8M21-uOQt9s>

Wie sich der deutsche Staat globalen Beraterfirmen ausliefert, SPIEGEL-Titel Nr. 5/2019, 26.01.2019 S. 15 ff.

<https://www.spiegel.de/plus/deutschland-wie-sich-der-staat-globalen-beraterfirmen-ausliefert-a-00000000-0002-0001-0000-000162036086>

© Thomas Kahl: Wie es gelang, Staatsorganisationen in Wirtschaftsunternehmen umzuwandeln. Informationen zu geschichtlichen Entwicklungen seit dem Ende des 2. Weltkriegs. IMGE-Publikationen FB 1: Politik-Management 2024. www.imge.info

V[®]⁹ eine Reformtechnologie für Organisationen zur Verfügung, die anhand einfacher und kostengünstiger Mittel erfolgversprechend ermöglicht, zunehmend befriedigend für die Einhaltung der freiheitlich demokratischen Verfassungsrechtsordnung zu sorgen¹⁰.

2. Seit der Kapitulation der Wehrmacht des Deutschen Reiches kam es in Deutschland zu gravierenden Rechtsordnungsmängeln

Nach der Kapitulation hatten die Alliierten die oberste Gewalt in Deutschland übernommen. Sinngemäß erinnerte Wolfgang Schäuble (CDU) als Bundesfinanzminister am 18. November 2011 während des Europäischen Bankenkongresses Bankenvertreter*innen daran: Deutschland sei „seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen.“¹¹

Diese Mitteilung veranlasste den Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider zu logischen Schlussfolgerungen. Der hintere Klappentext seines Buches „Die Souveränität Deutschlands“ enthält seine Einschätzung der Situation:

„Wenn Deutschland aber nicht souverän ist, dann herrscht ein anderer Staat oder eine Staatengemeinschaft oder eine Person oder Personengruppe, irgendeine Macht, über Deutschland und Wolfgang Schäuble ist dessen oder deren Agent und nicht Vertreter des Deutschen Volkes. Vielmehr dient er fremden Interessen. Das lässt sich nicht mehr kaschieren.“

Ferner:

„Zu Markt und Wettbewerb gehört essenziell das Insolvenzrisiko, das der Staat nicht abnehmen darf, schon gar nicht für Unternehmen fremder Staaten, auch nicht mittelbar durch Finanzhilfen für fremde Staaten, die mit diesen Mitteln Privatunternehmen bezahlen. Haftung und Insolvenz sind in der auf Freiheit und Eigentum aufgebauten Marktwirtschaft systemrelevant. Die Banken- und Versicherungsrettung nähert sich dem systemwidrigen Staatssozialismus.“¹²

Vor Wolfgang Schäuble hatte bereits Sigmar Gabriel auf die prekäre Lage aufmerksam gemacht – am 27. Februar 2010 auf dem SPD-Sonderparteitag in Dortmund:

„Wir haben gar keine Bundesregierung – Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland.“¹³

Wenige Tage danach, am 05.03.2010, machte er auf dem Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen auf die juristischen Hintergründe dieser Tatsache aufmerksam:

„Genauso wenig wie es eine gültige Recht(s)ordnung gibt, genau so wenig gibt es einen Staat „Bundesrepublik Deutschland“.“¹⁴

Zweieinhalb Monate später ließ Horst Seehofer (CSU) deutlich werden, wie in Deutschland mit der Rechtsordnung umgegangen wird: Am 21. Mai 2010 äußerte er sich in der ARD-Satirensendung „Pelzig“ zur Frage, wie er als bayrischer Ministerpräsident angesichts schwieriger Sachlagen Entscheidungen anhand seines *gesunden Menschenverstandes* treffe. In diesem Interview wies Horst Seehofer auf problematische Tatbestände hin: International agierende

⁹ Thomas Kahl: Das Qualitätsmanagement-Verfahren „Menschenrechte-QM-V[®]“. Ein Qualitätsmanagement-Verfahren zum Schutz der Menschenrechte fördert global die Lebensqualität anhand organisatorischer Reformen. www.imge.info/extdownloads/Das-Qualitaetsmanagement-Verfahren-Menschenrechte-QM-V.pdf

¹⁰ Thomas Kahl: IT-Qualitätsmanagement-Verfahren verhelfen zur Einhaltung der Menschenrechte. In: Thomas Kahl: Der Schutz des Lebens auf der Erde. A.a.O. S. 97-142. www.imge.info/extdownloads/DerSchutzDesLebensAufDerErde.pdf

¹¹ Günther Lachmann: EU am Scheideweg. Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise. Welt 08.12.2011. www.welt.de/politik/article13757549/Die-oeffentliche-und-die-verborgene-Seite-der-Krise.html

¹² Karl Albrecht Schachtschneider: „Die Souveränität Deutschlands“ Kopp 2012. S. 345.

¹³ www.youtube.com/watch?v=-PX8Jyp7cRk

¹⁴ www.fokus-brennpunkt.de/die-kanzler-der-brid-dienten-immer-den-alliierten-niemals-dem-deutschen-volke/

Pharmakonzerne und weitere Wirtschaftsunternehmen entziehen sich weitgehend politischen Einflussnahmen. Allzu rücksichtslos verfolgen diese ihre Profitmaximierungsinteressen auf Kosten und zum Nachteil anderer. In diesem Zusammenhang betonte Horst Seehofer:

„Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.“

Angesichts dessen hielt Horst Seehofer zur Unterstützung des Allgemeinwohles ein Vorgehen für sinnvoll, das sich schon seit über einhundert Jahren als Irrweg erwiesen hatte: Er folgt hier, wie weltweit nahezu alle Politiker*innen, sowohl die „linken“ als auch die „rechten“, allzu unkritisch Irrlehren von Karl Marx¹⁵: Praktisch einstimmig, mithin *alternativlos*, gehen diese davon aus, dass für das Allgemeinwohl von entscheidender Bedeutung sei, *wer* die Verfügungsmacht über Produktionsmittel und Kapital in den Händen halte: Damit Politiker*innen hier mehr Einfluss erhielten, seien Wirtschaftsunternehmen angemessener zu besteuern.¹⁶

Anscheinend übersieht Horst Seehofer, dass nicht in erster Linie wichtig ist, *wer* die Verfügungsmacht *hat*. Denn *vorrangig* bedeutsam ist, *wie mit solcher Macht umgegangen wird*. Das gilt besonders für den Datenschutz und den gesamten Bereich der Digitalisierung. Entscheidend ist, *welche Daten* erhoben und berücksichtigt werden und *was mit diesen Daten* konkret getan wird. *Das* müsste in Datenschutz- und IT-Gesetzen, speziell im Hinblick auf die Telematik-Infrastruktur im Gesundheitswesen, *menschenrechtsgemäß* geregelt werden.¹⁷ Angesichts der grundgesetzlichen Regelungen dürfen in Deutschland keinesfalls *menschenrechtswidrige* Gesetze in Kraft treten.¹⁸

Wie es um „Demokratie“ – was immer damit gemeint sein mag – in Deutschland praktisch bestellt ist, hatte 2001 der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim¹⁹ verdeutlicht:

„Jeder Deutsche hat die Freiheit, Gesetzen zu gehorchen, denen er niemals zugestimmt hat; er darf die Erhabenheit des Grundgesetzes bewundern, dessen Geltung er nie legitimiert hat; er ist frei, Politikern zu huldigen, die kein Bürger je gewählt hat, und sie üppig zu versorgen – mit seinen Steuergeldern, über deren Verwendung er niemals befragt wurde. Insgesamt sind Staat und Politik in einem Zustand, von dem nur noch Berufsoptimisten oder Heuchler behaupten können, er sei aus dem Willen der Bürger hervorgegangen.“²⁰

¹⁵ Als *Irrlehre* bezeichne ich den Marxismus, weil Marx, Engels und ihre Anhänger noch zu wenig von den Eigenarten und Bedürfnissen der Menschen gewusst und verstanden hatten: Die empirisch forschende naturwissenschaftliche Psychologie befand sich zu ihrer Zeit erst im Anfangsstadium, ebenso die Entwicklung psychotherapeutischer Vorgehensweisen. Irren aufgrund von Unkenntnis ist menschlich. Siehe dazu: Thomas Kahl: Die kommunistische Irrlehre des „Dialektischen Materialismus“. In: Thomas Kahl: Die juristischen Ordnungsstrukturen unserer globalen Lebensgemeinschaft. Das Kölner Beschneidungs-Urteil als Fallbeispiel in der Juristenausbildung. S. 49.

www.imge.info/extdownloads/DieJuristischenOrdnungsstrukturenDerGlobalenLebensgemeinschaft.pdf

¹⁶ Horst Seehofer in der ARD-Satiresendung „Pelzig“ am 21. Mai 2010:

www.medialeaks.org/horst-seehofer-diejenigen-die-entscheiden-sind-nicht-gewahlt

¹⁷ Thomas Kahl: Die Telematik-Infrastruktur-Regelungen sind korrekturbedürftig. Das Informationelle Selbstbestimmungsrecht erfordert klarere Aussagen. www.imge.info/extdownloads/Die-Telematik-Infrastruktur-Regelungen-sind-korrekturbeduerftig%20.pdf

¹⁸ Thomas Kahl: Qualitätsmanagement zum „Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ der Bundesregierung.

www.imge.info/extdownloads/QualitaetsmanagementZumNationalenAktionsplan_NAP_WirtschaftUndMenschenrechte.pdf

Thomas Kahl: Menschenrechte und Digitalisierung. In der digitalen Welt lässt sich hinreichend für Verantwortung sorgen. www.imge.info/extdownloads/Menschenrechte-und-Digitalisierung.pdf

¹⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Herbert_von_Arnim

²⁰ Hans Herbert von Arnim: Das System. Die Machenschaften der Macht. Droemer Verlag, München 2001.S. 19

„Es gilt als ganz normal und selbstverständlich, dass ein Abgeordneter neben seinem Einkommen, das er vom Steuerzahler bezieht, auch noch Einkommen von an der Gesetzgebung interessierten Unternehmen oder Verbänden bezieht, sich also quasi in die bezahlten Dienste eines Lobbyisten begibt, das gilt als ganz normal, obwohl es eigentlich ein Skandal ist. [...] Wenn ein Politiker sich in die Dienste eines Interessenten begibt, sich von ihm bezahlen lässt, manchmal sehr hoch, ist das für mich eine Form der Korruption.“²¹

Generell tendieren Politiker*innen dazu, den Nutzen der Verfügungsmacht über finanzielle Mittel eher zu *überschätzen*. Denn ihre Macht beruht vor allem darauf, Steuereinnahmen denjenigen Zwecken zuweisen zu können, die ihnen als vorrangig erscheinen. Selbstverständlich geht es dabei stets auch um ihr Image, um ihre Wiederwahlchancen sowie um ihre Machtabsicherung und -ausweitung, indem sie sich um Rückhalt und Gefolgschaft in ihrer Parteilinie sowie bei anderen Parteimitgliedern bemühen. Wer solchen *eigennütigen* parteilichen Zwecken zuwiderhandelt, muss damit rechnen, mit finanziellen oder anderen Mitteln „unschädlich“ gemacht zu werden.

Weitere – gravierend existenzgefährdende – Problematiken gehen mit der **Geldwert-Illusion**²² einher: Aus naturkundiger wissenschaftlicher Sicht ist eindeutig klar, dass Geld keinerlei zuverlässigen Wert *in sich* hat. Geld hat nicht einmal eine feste Form. Zum Bezahlen verwenden wir Münzen, mit Zahlen bedruckte Papiere, Plastikkarten, Scanner und Klicks auf Computer und Mobiltelefone.

Geld ist lediglich etwas Symbolisches, das sich gut zum Tauschen eignet: ein Tauschobjekt. Sein „Wert“ beruht vor allem auf Vertrauen (= Kredit) – darauf, etwas Wertvolles anderes dafür erhalten zu können – nämlich etwas, das dem Leben unmittelbarer dient, insbesondere als ein unser Leben unterstützendes Mittel. Sobald etwas dazu bisher Vorrätiges Mangelware geworden ist oder digitale Bezahlverfahren nicht ordnungsgemäß funktionieren, können wir in gravierendes Leiden geraten. Dann werden können wir kaum noch Kredit erhalten. Auf uns können Inflationsentwicklungen zukommen, die alles in der Menschheitsgeschichte bisher – etwa während der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre – Erfolgreich extrem übertreffen, weil uns die Voraussetzungen (= Ressourcen), die damals Währungsreformen ermöglichen konnten, heutzutage nicht mehr so wie damals zur Verfügung stehen.²³ Dazu kam es unter anderem deshalb, weil es naheliegender, leichter und einfacher erscheint, sich auf Oberflächlich-Äußerliches, rein Formales auszurichten sowie vorrangig dessen Beachtung und Einhaltung zu kontrollieren und einzufordern als *stattdessen* das eigentlich Wesentliche, Notwendige und Hilfreiche, der Lebendigkeit und dem Leben dienliche Naturgemäße, Funktionale und Dynamische in den Vordergrund zu rücken.²⁴

²¹ Kontraste - Das Magazin aus Berlin vom 1. August 2002: Lobbyisten ohne Skrupel - Wie unabhängig sind Politiker? rbb-online.de

²² Thomas Kahl: Die Geldwert-Illusion. Allzu selten gelingt es politischen Instanzen, mit Herausforderungen *allgemeinwohldienlich* umzugehen. www.imge.info/extdownloads/Die-Geldwert-Illusion.pdf

²³ Thomas Kahl: Währungsreform-Erfahrungen zeigen, dass menschenwürdiger Umgang mit Machtmitteln und natürlichen Ressourcen den Geldwert absichern kann. In: Thomas Kahl: Die Geldwert-Illusion. Allzu selten gelingt es politischen Instanzen, mit Herausforderungen *allgemeinwohldienlich* umzugehen. S. 44-59. www.imge.info/extdownloads/Die-Geldwert-Illusion.pdf

²⁴ Thomas Kahl: Naturkunde und Naturwissenschaftlichkeit sind grundlegend, um für das Allgemeinwohl zu sorgen. <http://www.imge.info/extdownloads/Naturkunde-Naturwissenschaftlichkeit.pdf>
Thomas Kahl: *Gerecht* kann nur sein, was die Gesetze des Lebens respektiert. Organisatorisches Vorgehen sollte Naturgesetzliches berücksichtigen.

www.imge.info/extdownloads/Gerecht-kann-nur-sein-was-Naturgesetzliches-respektiert.pdf
Thomas Kahl: Mächtige Institutionen und Organisationen tragen mehr zur Zerstörung der Natur – dem Klimawandel – bei als zum Allgemeinwohl und der Lebensqualität. In: Thomas Kahl: Welche Informationen kann der Einsatz von Klima-Skalen Lehrenden und Lernenden liefern? Die Entwicklung eines Qualitätsmanagement-Verfahrens zur Beachtung und Einhaltung der Menschenrechte. S. 10 ff.

Im Hinblick auf menschenrechtswidrigen Umgang mit Geld sei ferner an die Empörung erinnert, die von 2012 bis etwa 2015 in Deutschland deutlich wurde, nachdem Angela Merkel, Vertreterin der offiziell als „demokratisch“ anerkannten CDU, in Griechenland mit **Hakenkreuz-Darstellungen** in Verbindung gebracht und konfrontiert worden war – so, als ob sie im Sinne der NSDAP denken und handeln würde – anlässlich der Weigerung „Deutschlands“, griechischen Forderungen nach Reparationen wegen „Völkermords an den Griechen“ in den Jahren 1941 bis 1944 gerecht zu werden.²⁵ Um eine derartige Verweigerung *formal* als *rechtmäßig* erscheinen lassen zu können, war der „**Zwei-plus-Vier-Staatsvertrag**“ für die Vereinigung Deutschlands am 12.09.1990 bewusst lediglich als „Friedensregelung“ bezeichnet und abgeschlossen worden – mithin ausdrücklich nicht als „Friedensvertrag“ im Sinne der Menschenrechtsordnung der Vereinten Nationen²⁶.

www.imge.info/extdownloads/Informationen-von-Klima-Skalen-fuer-Lehrende.pdf
https://www.researchgate.net/publication/355381381_Welche_Informationen_kann_der_Einsatz_von_Klima-Skalen_Lehrenden_und_Lernenden_liefern_Die_Entwicklung_eines_Qualitätsmanagement-Verfahrens_zur_Beachtung_und_Einhaltung_der_Menschenrechte

Franz Moser: Bewusstsein in Raum und Zeit. Die Grundlagen einer holistischen Weltanschauung auf wissenschaftlicher Basis. Leykam Buchverlagsgesellschaft Graz 1989.

<https://www.tugraz.at/institute/ippt/institut/news/article/nachruf-o-univ-prof-dipl-ing-dr-franz-moser/>

²⁵ Gerd Höhler: Deutsch-griechischer Medienkrieg: Merkel in Handschellen. Tagesspiegel 25.07.2012.

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/merkel-in-handschellen-6395890.html>

Paul Stänner: Deutsch-griechische Beziehungen. Erinnern und Vergessen. Deutschlandfunk 20.07.2015.

<https://www.deutschlandfunk.de/deutsch-griechische-beziehungen-erinnern-und-vergessen-100.html>

²⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Zwei-plus-Vier-Vertrag>